



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Zollvereinsconferenz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Zollvereinsconferenz.

Seit Mitte Juni tagt in Eisenach die Versammlung der Bevollmächtigten der Zollvereinsregierungen, welcher außer den laufenden Geschäften mehre Beschlüsse von großer Wichtigkeit für den Handel und die Industrie der Zollvereinsstaaten zur Erledigung vorliegen. Preußen wiederholt seine früheren Anträge auf Herabsetzung der Eisenzölle und erfüllt gleichzeitig das auf der vorigen Conferenz mehren süddeutschen Staaten gegebene Versprechen, indem es eine Erhöhung der Eingangsabgaben für ausländischen Tabak und die Einführung einer Steuer auf den im Inland erzeugten vorschlägt.

Den Antrag auf Herabsetzung der Eisenzölle stellte Preußen schon 1854. Die frühern Zölle waren am 1. September 1844 wegen drückender Concurrnz des englischen Eisens provisorisch sehr bedeutend, Roheisen, z. B. von 5 auf 10 Sgr., erhöht worden und es wurde damals vorbehalten, nach dem Wiedereintreten der normalen Zustände auf die alten Sätze zurückzugehen. Aber dieselbe Erscheinung, welche überall nach der Einführung von Schutzzöllen eingetreten ist, hat sich auch hier wiederholt. Die Industrie, welche die Schutzzölle angeblich verlangt, um in ihrer Entwicklung nicht durch die Concurrnz des Auslandes gestört zu werden, und dieses Mittel zu bedürfen behauptet, um später nach ihrer Kräftigung der ausländischen Concurrnz die Spitze bieten zu können, will dieses Ziel nie erreicht haben und verlangt, bald bequem geworden, die beständige Fortdauer oder gar Erhöhung des Schutzes, der nur vorübergehendes Bedürfnis sein sollte. Schon 1854 machte Preußen darauf aufmerksam, daß die Hohofenproduction in der Periode von 1850 bis 52 um ein Drittel größer sei, als 1841 bis 1843; daß damals die Production des Roheisens nur die Hälfte des Gesamtbedarfs von $6\frac{1}{3}$ Millionen Centnern, zur Zeit des Antrags dagegen $\frac{2}{3}$ des Gesamtbedarfs von 7 Millionen Centnern decke; daß der zu seiner Zeit für die Erhöhung des Zolls angeführte Grund, die Nothwendigkeit, den Werken den Uebergang vom Holzkohlen- zum Steinkohlenbetrieb zu erleichtern, jetzt, nachdem die inländischen Hütten diesen Vortheil zehn Jahre lang genossen, billigerweise nicht mehr angeführt werden könne, wenn man der Trägheit der Fabrikanten nicht eine Prämie geben wolle; daß der Bedarf an Eisen für alle Fächer der Industrie so gestiegen sei, daß die einheimische Production trotz der ungewöhnlich raschen Entwicklung derselben ihm durchaus nicht mehr genüge und daß andere wichtige Industriezweige, namentlich die Landwirthschaft und der Maschinen- und Schiffsbau, die des billigen Eisens dringend bedürften, nicht dem einen Zweige zu Gefallen ungebührlich zurückgesetzt werden dürften. Deshalb beantragte Preußen den Roheisenzoll von 10 Sgr. wieder auf den frühern Satz von 5 Sgr. pro Centner, für Locomotiv- und Dampfkessel von 6 Sgr. auf 3 Sgr., für geschmiedetes

und gewalztes Eisen auf 1 Thlr., für Stabeisen und Stahl auf $1\frac{1}{2}$ Thlr., für faconirtes Eisen und Stäbe auf $2\frac{1}{2}$ Thlr. herabzusetzen. Dieser Antrag fand jedoch mehrseitigen Widerspruch. Baiern gab zu, daß sich seine Eisenindustrie zwar entwickle, daß diese Entwicklung aber noch nicht so weit gediehen sei, um den Schutz entbehren zu können. Auch sei es rathsam, erst die Wirkung der neuen Verträge, die einerseits mit Oestreich, andererseits mit dem Steuervereine abgeschlossen worden, abzuwarten. Sachsen stützte seinen Widerspruch auf die Befürchtung, daß der gegenwärtige günstige Stand der Eisenindustrie nur eine Folge vorübergehender Conjunctionen sei und führte an, daß auf Grund der bisherigen hohen Zölle viele Eisenwerke mit Aufwendung bedeutender Capitalien theils erweitert, theils gegründet worden seien, die bei Erniedrigung des Zolles schwere Verluste erleiden würden. Baden und Nassau führten im Allgemeinen den gedrückten Zustand der Eisenindustrie in Süddeutschland an und die beiden Hessen beklagten sich über das theure Brennmaterial. Württemberg war sogar eher zu einer Erhöhung des Zolls geneigt, indem es zwar die fortschreitende Entwicklung der deutschen Eisenindustrie nicht leugnen konnte, aber die Meinung aufstellte, daß ein größerer Schutz die Entwicklung wahrscheinlich noch mehr gefördert haben würde. Zeigte es sich auf dieser Seite, daß die einmal in Schutzzöllen großgezogene Industrie diese Krücke der Trägheit nicht mehr entbehren will, sondern immer noch Verstärkung derselben verlangt, so konnten Braunschweig und Hannover auf ihre entgegengesetzte Erfahrung hinweisen. Dort, wo während des Bestehens des Steuervereins das Roheisen ganz frei, Stabeisen gegen einen Zoll von 4 Sgr. für den Centner eingegangen war, hatte sich trotz der Abwesenheit jeden Schutzes, da dieser niedrige Zoll nur als Finanzzoll zu betrachten ist, und trotz der ausländischen Concurrenz eine Eisenindustrie entwickelt, die der süddeutschen durch Schutzzölle großgezogenen weit voraus war. Diese beiden Staaten stimmten daher auch für die preussischen Anträge um so eher, da der gegenwärtige Zoll schon die äußerste Grenze eines Schutzzolls, 50—80% vom Werthe der Waare, erreichte. Doch fand diese Anschauung bei den übrigen Staaten keinen Anklang und die Sache blieb beim Alten.

Jetzt wiederholt Preußen seine Anträge, jedoch in etwas anderer Form, indem es die verschiedenen Sätze von 10 Sgr. auf $7\frac{1}{2}$, von $1\frac{1}{2}$ Thlr. auf $1\frac{1}{4}$, von $2\frac{1}{2}$ Thlr. auf 2, von 3 Thlr. auf $2\frac{1}{2}$ Thlr. herabzusetzen vorschlägt. Die Gründe, die früher Preußen für seinen Antrag auf Herabsetzung der Eisenzölle anführte, bestehen nicht nur fort, sondern haben an Gewicht noch zugenommen. Die deutsche Eisenindustrie ist, wo sie unter den natürlichen Bedingungen und mit dem gehörigen Fleiß und Eifer betrieben wird, wie in den Rheinlanden und in Schlessen, in fortwährendem raschen Steigen. Fast täglich entstehen die großartigsten Anlagen, welche recht wohl

wissen, daß die Bedingung ihres Gedeihens nicht der Schutzzoll ist, sondern das Aufgeben des bequemen Hindämmerns, welches der Schutzzoll zum großen Schaden der Industrie unter allen Umständen erzeugt, das rastlose Schritt- halten mit der Entwicklung, welche die Industrie im Auslande nimmt, die unermüdlche und keinen Capitalaufwand scheuende Benuzung jeder Erfindung in dem betreffenden Fache. Während diese in rascher Folge entstehenden und sich ausdehnenden Anstalten beweisen, daß die deutsche Eisenindustrie recht gut der Schutzzölle entzathen kann, zeigt ein Blick auf die Einfuhrlisten des Zollvereins, wie sehr trotz dieser sehr gesteigerten Entwicklung die Einfuhr von ausländischem Eisen zugenommen hat, und wie nothwendig es ist, daß andere nicht minder wichtige Industriezweige, die zu ihrem Gedeihen billiges Eisen bedürfen, nicht zu Gefallen einer hinter der Zeit zurückgebliebenen Fabrikationsweise durch hohe Zölle ungebührlich belastet und in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Im Jahr 1854 wurden 2,643,530 gegen 1,053,037 Centner Roheisen 1853, geschmiedetes und gewalztes Eisen 211,093 gegen 163,683 Centner 1853, rohe Gußwaaren 92,959 gegen 78,606 Centner im gleichen Jahre eingeführt, und die übrigen Eisenwaaren zeigen ein ähnliches Verhältniß. Man muß aber zu dem durch hohe Zölle vertheuerten ausländischen Eisen seine Zuflucht nehmen, nicht weil das Inland zu theuer, sondern weil es noch zu wenig producirt. Denn der Verbrauch an Eisen sowol zu Eisenbahnen als wie industriellen Zwecken ist kolossal, das Bedürfniß noch bei weitem größer. Die Landwirthschaft möchte gern mehr Eisen, die Handwerker gern Hilfsmaschinen anwenden, wenn das Eisen nicht zu theuer wäre. Der Handel klagt über langsame Lieferung von Seiten der deutschen Producenten. Die Bestellungen müssen monatelang vorher gemacht werden oder einen gewissen Umfang haben, wenn man schneller bedient sein will. Dennoch werden die preussischen Anträge schwerlich durchdringen, obgleich sie von einem Staate ausgehen, der bei weitem das meiste Eisen, wenn wir nicht irren, über 60% — die genaue Zahl ist uns nicht bei der Hand — in Deutschland producirt, und der, wenn man die ihm beistimmenden Staaten Hannover und Braunschweig mitrechnet, als der Vertreter der deutschen Eisenindustrie betrachtet werden muß, während außer Sachsen die übrigen Zollvereinsstaaten einen kaum nennenswerthen Antheil daran haben. Aber in den süddeutschen Ländern ist der Staat bei der Eisenindustrie mehr theilhaftig, indem sie als ein Mittel zur Verwerthung der Waldungen betrachtet wird. Deshalb bedarf sie zugleich des Schutzzolls, indem Holzkohleneisen mit Steinkohleneisen nicht concurriren kann, und in Folge dieser verkehrten nationalökonomischen Praxis wird der Consumant mit doppelter Ruthe gestraft, indem er das Eisen theurer als nöthig bezahlen muß, damit das Holz der Staatswaldungen Absatz finde, und auch für das Holz höhere Preise gibt, weil es zur Tristung einer un-

natürlichen Industrie dient. Auch ist die Industrie selbst, von jeder allzunahen Concurrenz befreit, noch weit zurück. Bei vielen Eisenwerken genügen Arbeits- und Maschinenkräfte bei weitem nicht, um die Nachfrage zu befriedigen. Sie finden es bequem, sich mit den vorhandenen Wasserkräften zu begnügen, weisen Aufträge, die sie zur Ausdehnung ihrer Betriebskräfte nöthigen würden, zurück, und stecken das Geld lieber in die Tasche als in Maschinen. Sie ruhen auf dem bequemen Kissen des Schutzzolls aus und schreien nach höhern Zöllen, wenn fremde Concurrenz sie in ihrem Halbschlummer zu stören droht.

Ganz im Sinne der süddeutschen Staaten und durch sie allein veranlaßt ist der Antrag auf Erhöhung des Tabakzolls. Zwei Wünsche begegnen sich, um seine Annahme zu fördern, ein politischer und ein finanzieller. Der politische ist, durch Einführung eines höhern Tabakzolls die Einführung des Tabakmonopols vorzubereiten, um dadurch eine Zolleinigung mit Oestreich zu ermöglichen, das die süddeutschen Staaten nicht als handelspolitisches, sondern als politisches Gegengewicht gegen Preußen zu benutzen wünschen. Der finanzielle, den durch die verkehrte Begünstigung der Runkelrübenzuckerfabrikation entstandenen Ausfall in den Zollvereineinnahmen zu ersetzen. Daß der erste Wunsch erfüllt wird, bezweifeln wir sehr, da zwischen hoher Tabaksteuer und Tabakmonopol ein qualitativer und nicht ein quantitativer Unterschied besteht, und die norddeutschen Staaten gewiß nicht die selbstmörderische Thorheit begehen werden, eine viele Menschen direct und indirect nährenden Industrie einer Einrichtung zu opfern, die, so vortheilhaft sie auch für die Staatsfinanzen ist, doch für die Volkswirtschaft und die Moralität gleich nachtheilige Folgen hat. Vor der Hand hat sich Preußen mit mehr als schonender Rücksicht auf die süddeutschen Staaten entschlossen, eine Erhöhung des Eingangszolls auf ausländischen Rohtabak um 50%, und eine entsprechende Besteuerung des im Inland erbauten Tabaks vorzuschlagen. Auch in dieser Gestalt sind noch sehr erhebliche Bedenken gegen diesen Antrag vorgebracht. Die Denkschrift der hannoverschen Tabakfabrikantenconferenz, bei welcher die Tabakindustrie Nord- und Süddeutschlands vertreten war, hat alle Uebelstände einer Erhöhung des Zolls ausführlich beleuchtet, und recapitulirt ihre Bedenken in folgenden Sätzen: „Wenn wir nachgewiesen haben, daß durch die Verhandlungen über Erhöhung der Tabaksteuer Verluste an Capital, Arbeit und damit an den Zöllen eintreten müssen, daß diese Verluste sich sehr bald in der Störung des transatlantischen Verkehrs und der diesseitigen allgemeinen Production geltend machen werden, daß von der Erhöhung des Zolles keine Mehreinnahme zu erwarten ist, daß vielmehr der Tabak einer verhältnißmäßig hohen Steuer unterliegt, daß ferner mit dem Versuch einer Erhöhung der letzteren der Landbau leiden, die Immoralität durch den Schmuggel wachsen,

auch ein dauernder Nachtheil durch Rückgriffe auf Surrogate herbeigeführt werden dürfte; wenn, wie wir hoffen, kein Zweifel darüber obwalten kann, daß durch Störung unserer Verkehrsverhältnisse zu Amerika die ganze Grundlage der Zollvereins handelspolitik und damit die deutsche Gewerthätigkeit und Production in Frage gestellt und von ungeheuern Verlusten bedroht werden würden, ja wenn endlich zur Evidenz bewiesen worden ist, daß die Erfahrung über den jetzigen Steuerfaz sich bisher weder der Zeit noch den vorwaltenden Umständen nach hat geltend machen können, so glauben wir mit Vertrauen bei den hohen Regierungen des Zollvereins den Antrag unterthänigst stellen zu dürfen: „an den jetzigen Steuer- und Zollsätzen keine Aenderung eintreten zu lassen.“ Nicht minder schwer wiegen die handelspolitischen Bedenken, welche die Denkschrift mit folgenden Worten zusammenfaßt. „In dieser Beziehung können wir nun mit Sicherheit behaupten, daß durch Erhöhung des Tabakzolls unsere handelspolitische Lage wesentlich erschüttert, und damit unser Export auf allen Gebieten der gewerblichen Thätigkeit so in Frage gestellt würde, daß daraus für unsere Tuch-, Seiden-, Strumpf- und Druckwaarenfabrikanten und viele andere die unglücklichsten Folgen entstehen müßten. Denn ein fortdauernder Export ist nun einmal ohne Import nicht möglich, weil es in der Natur der Sache liegt, daß man nur da kauft, wo man verkaufen kann, um so die Ausglei chung durch Reporte herbeizuführen. Da nun der Tabak unter den Handelsartikeln mit den transatlantischen Ländern eine sehr wesentliche Stelle einnimmt, so ist selbstverständlich, daß er eine der wichtigsten Grundlagen des überseeischen Handels und damit der Production und der Arbeit geworden ist.

Die hohen Regierungen mögen sich überzeugt halten, daß in dieser Beziehung unsere Befürchtungen eine sehr bestimmte Grundlage haben; wir stehen mit Amerika in fortgesetzter Wechselbeziehung und wir können versichern, daß der gute Wille für den Zollverein, der sich dort geltend macht und bereits Anträge auf Herabsetzung der Zölle und auf Subventionen der Dampfschiffahrtsgesellschaften hervorgerufen hat, seine hauptsächlichste Quelle in den mäßigen Zöllen findet, welche der Zollverein den amerikanischen Producten auferlegte. Die diesseits erfolgte Herabsetzung auf Reis und Tabak hat dort die günstigste Stimmung hervorgerufen, besonders in den südlichen und westlichen Staaten, deren Stimme im Congress so bedeutendes Gewicht hat. Wie deutsche Arbeit in Amerika Anerkennung findet, das beweist unwidersprechlich, daß wir sogar für $\frac{3}{4}$ bis 1 Million Thaler Cigarren dorthin ausführen, woraus zu entnehmen ist, was der deutsche Zollverein bei der Aufrechthaltung seines handelspolitischen Verhältnisses auf Gebieten gewinnen muß, auf denen Nordamerika nicht durch Naturanlage für die Concurrenz begünstigt ist, und was umgekehrt die vorgedachten anderweiten Gewerbe und Fabriken diesseits verlieren müßten,

wenn man die jetzigen Grundsätze ändert, zumal ein großer Theil dieser Industriellen mit seinem Absatz ganz auf Amerika angewiesen ist."

Da Preußen auf eine Steigerung seiner Einnahmen von directen Steuern bedacht sein muß, so ist es leicht möglich, daß es dieser Erhöhung des Eingangszolls auf Tabak und der Tabaksteuer seine Zustimmung gibt; doch wäre es viel rathsamer, wenn es den frühern Versuch wiederholt hätte, hinsichtlich des Zuckerzollens wieder auf einen richtigern Weg einzulenken und der unverhältnißmäßigen und in jeder Hinsicht höchst nachtheiligen Begünstigung der Rübenzuckerindustrie ein Ende zu machen. Bekanntlich scheiterte sein früherer Versuch in dieser Richtung ebenfalls an dem Widerspruche der süddeutschen Staaten, obgleich diese außer ihrer allgemeinen Vorliebe für Schutzzölle keinen Grund dafür gehabt haben können, da Preußen fast der einzige Rübenzucker producirende Staat genannt werden kann, denn von den 21 Millionen Centner Zuckerrüben, die im Zollverein verarbeitet werden, verbraucht Preußen allein $18\frac{1}{2}$ Millionen Centner, also 88%, während auf die andern Staaten kaum nennenswerthe Quantitäten kommen, nämlich auf Baiern in runder Summe $1\frac{1}{4}\%$, auf Sachsen $\frac{1}{2}$, auf Württemberg 3, auf Baden 4, auf Thüringen $\frac{3}{4}$, auf Braunschweig etwas über 2%. Der Vorwurf, dem Interesse anderer Staaten zu Gefallen Freihandelsgrundsätze zu vertheidigen, fällt hier also selbstverständlich weg, und Preußen könnte mit Entschiedenheit auf einer Aenderung von Zollsätzen bestehen, deren Nachtheile, wenn sie welche zur Folge hätte, es fast ganz allein treffen würden. Wenn man bedenkt, welcher ungeheure Flächenraum des allerbesten Bodens durch die Rübenkultur dem Körner- und Futterbau entzogen wird, so kann man sich nicht wundern, daß die Brot- und Fleischpreise in einem fortwährenden Steigen begriffen sind. Stände die Rübenzuckerindustrie noch auf natürlichen Füßen, so ließe sich nichts dagegen sagen, daß der Landwirth sein Capital lieber zur Zucker- als zur Korn- und Fleischproduction verwendet. Aber er könnte gar keinen Rübenzucker produciren, wenn nicht der Rohrzucker durch übermäßigen Schutzzoll vom Markte ferngehalten würde, und das deutsche Volk zahlt für jedes Pfund Zucker 7 Pfennige mehr oder 4 Millionen Thaler jährlich aus seiner Tasche, um den deutschen Landwirth in den Stand zu setzen, mit dem westindischen zu concurriren, und die näherliegende Erzeugung von Korn und Fleisch mit der fernliegenden des Zuckers zu vertauschen.

Da keine Aussicht vorhanden ist, daß die von Preußen beantragte Herabsetzung der Eisenzölle Annahme findet, und die Erhöhung des Tabakzolls nur schädlich wirken kann, so wäre es fast als ein Glück zu betrachten, wenn die heurige Zollconferenz ebenso resultatlos auseinanderginge, wie es seit einigen Jahren Regel geworden ist. Es läßt sich gar nicht leugnen, daß in der Entwicklung des Zollvereins ein Stillstand, wenn nicht gar ein Rückschritt eingetreten ist, seitdem die Abstimmungen der Regierungen vielmehr durch

politische als durch nationalökonomische Beweggründe bestimmt werden. Es geschieht dies, seitdem Oestreich, bemüht auch in handelspolitischer Hinsicht mit Preußen zu rivalisiren, den Plan einer österreichisch-deutschen Zolleinigung zur Sprache gebracht hat. Seit dieser Zeit scheitert jeder Antrag Preußens, welcher zum Zweck hat, die drückenden Fesseln des Schutzzollsystems zu lockern und den Zollvereinstarif wieder auf die mäßigen Sätze zurückzuführen, welche bei seiner ersten Einrichtung als die normalen angenommen wurden. Daß dem so ist, trägt jedoch Preußen selbst die Schuld, weil es bis jetzt sich immer abgeneigt gezeigt hat, von den Vortheilen seiner Stellung seinen handelspolitischen Gegnern gegenüber Gebrauch zu machen. Als vor einigen Jahren Oestreich zuerst mit seinen Zolleinigungsplänen hervortrat, und die bregenger Verbündeten für sich gewonnen hatte, war Preußen ganz auf dem richtigen Wege, als es unter der Hand den Vertrag mit dem Steuerverein abschloß und den übrigen Zollvereinsstaaten kündigte. Der Schrecken und der Grimm im feindlichen Lager waren groß, als sich die mittel- und süddeutschen Staaten eine Zeitlang wirklich auf die Zolleinigung mit Oestreich als einziges Rettungsmittel vor der handelspolitischen Vereinsamung hingewiesen sahen. Aber es blieb bei dem Schreck, indem Preußen auf halbem Wege stehen blieb, und obgleich es thatsächlich seinen Willen durchsetzte, doch das rein formelle Zugeständniß machte, daß es in den Vertrag mit Oestreich die Aufnahme der Zusage gestattete, nach Ablauf des Vertrags auf weitere Verhandlungen über einen nähern Anschluß Oestreichs eingehen zu wollen. Der Termin naht jetzt und mit ihm die Krisis. Oestreich beansprucht, nach den Auslassungen der ihm ergebenen Federn zu urtheilen, die volle Zolleinigung und natürlich die Führerschaft in dem erweiterten Bunde. Oestreichische und süddeutsche Stimmen erklären den gegenwärtigen Zollverein für nicht mehr an der Zeit und den Anschluß Oestreichs nicht bloß für möglich, sondern für unvermeidlich. Die Möglichkeit bei Seite gelassen erscheint er uns nicht wünschenswerth und sehr leicht zu vermeiden: für nicht wünschenswerth, weil es nicht heilsam sein kann, einen Zollverein in handelspolitischer Hinsicht zu dem zu machen, was der Bundestag in politischer Hinsicht ist und ihn durch das Gleichgewichtsspiel zwischen zwei Großmächten, welche die Feststellung jeder Tarifposition und den Abschluß jedes Handelsvertrags zu einer politischen Machfrage machen müssen, zum ewigen Stillstand zu verdammen; für leicht zu vermeiden, weil es ganz von Preußen abhängt, jede Vereinigung zurückzuweisen. Seine Gegner erklären den Zollverein für veraltet. In seiner gegenwärtigen Verfassung legt er wenigstens Preußen mehr Fesseln an, als er ihm Nutzen bringt und wie die Sachen einmal liegen, ist es fast noch schlimmer, als ob Oestreich bereits Mitglied wäre, denn es findet unter seinen Mitgliedern immer Anhänger, welche seine Wünsche durchzusetzen bereit sind, während es selbst keine Ver-

pflichtungen zu übernehmen braucht. Dieses Verhältniß kann nicht länger fort dauern und es liegt ganz in der Hand der preussischen Regierung, ihm ein Ende zu machen. Da die süddeutschen Staaten ganz vergessen zu haben scheinen, welche handelspolitische Wichtigkeit Preußen und Norddeutschland überhaupt für sie hat, so wird es hohe Zeit, es ihnen fühlbar ins Gedächtniß zurückzurufen. Preußen kündige den Vertrag und ziehe sich nöthigenfalls auf die Stellung zurück, die es 1828 oder 1834 nach dem Anschluß von Kurhessen einnahm. Es weise nicht nur jede fernere Concession gegen Oestreich, sondern auch jede Aussicht auf eine solche zurück und warte ruhig die weitere Entwicklung ab. Der Handel Sachsens und sein ganzer Wohlstand ist so gebieterisch auf das Zusammenhalten mit dem Norden hingewiesen, daß es dem neuconstituirten Verein nicht lange fern bleiben kann und Baiern und Württemberg, die Führer der Opposition der süddeutschen Staaten, mögen sich dann unbehindert vom norddeutschen Handelsneid der Ausbeutung der unermesslichen Hilfsquellen des Dongu- und orientalischen Handels widmen, welchen die Befürworter der deutsch-österreichischen Zollvereinigung mit so glänzenden Farben zu schildern wissen. Die materiellen Opfer, die Preußen in den ersten Jahren allerdings würde bringen müssen, würden reichlich aufgewogen durch die freiere Bewegung, die ihm in handelspolitischer Hinsicht gestattet wäre und durch seine Erlösung von den Schutzzollfesseln, die ihm von Süddeutschland allmählig aufgedrungen worden sind. Auch wird es dann viel leichter sein, das norddeutsche Handelsgebiet durch den Wiederbeitritt des Steuervereins und den Anschluß Mecklenburgs abzurunden. Alsdann befinden sich auch vielleicht die süddeutschen Staaten wieder und kommen zu der Einsicht, daß man wol mit Oestreich oder mit Preußen, aber nicht mit Oestreich und Preußen zugleich gehen kann.

Literatur.

Aus Frankfurt a. M. Die Meißnersche Schrift über Heinrich Heine wird von vielen Seiten auf eine Weise ausgedeutet, welche die höchste Mißbilligung verdiente. Wir finden es gemein, wenn man sogar Heines Krankheit benutzt, um diese als eine Strafe von Gott, als einen Beweis sittlicher Verwerfung darzustellen. Die das thun, sollten Gott danken, wenn sie selbst nicht auf ähnliche Weise heimgesucht werden, und es dürfte sich fragen, ob sie dann ihre Krankheit mit derselben Seelenstärke zu ertragen, ob sie wie Heine bis zum letzten Augenblick geistig fortzuwirken vermöchten. Diese Folgerung aus Heines Krankheitsgeschichte zu ziehen scheint mir wenigstens menschlicher und christlicher als sich ihm gegenüber pharisäisch in die Brust zu werfen. Pharisäisch war Heine wenigstens nicht, Heuchelei fällt